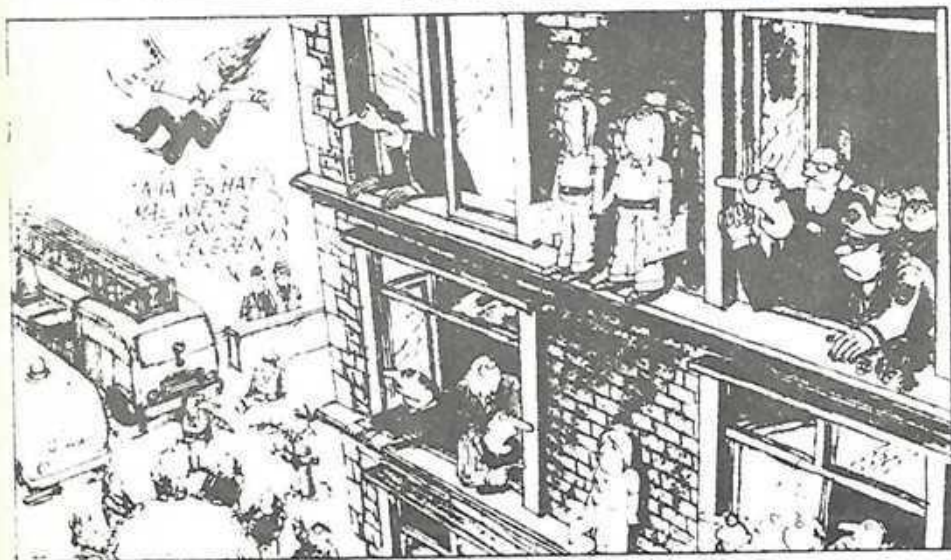




LUPE

Zeitung
für Jugendliche



Nr. 2

Dezember 1978

- Kernkraftwerke
- Extremistenfrage
- Logo, Idee

MEA

CULPA

ODER:

SCHULDBECKENNTNIS DER JUNGDEMOKRATEN

Wir, die Deutschen Jungdemokraten,
bekennen uns schuldig
der Erregung öffentlichen Ärgernisses
durch freie Meinungsäußerung,

wir bekennen uns schuldig
der Verschwörung mit unserem Gewissen,

wir bekennen uns schuldig
des Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung,

wir bekennen uns schuldig
der Verführung Abhängiger zum Denken,

wir bekennen uns schuldig
der Begünstigung des Fortschritts,

wir bekennen uns schuldig
des Attentats auf die Gleichgültigkeit,

wir bekennen uns schuldig
der Beihilfe zum Mord geheiligter Tabus,

wir bekennen uns schuldig
des Aufruhrs gegen die Ungerechtigkeit,

wir bekennen uns schuldig
der Anstiftung zum Frieden,

wir bekennen uns schuldig
des Fluchtversuchs aus dem Mittelalter.

LIEBER LESER,

Spät kommt sie, doch sie kommt, die Ausgabe der LUPE. Entzopen allen Munkereien und Voraussagen anderer politischer Jugendorganisationen. " Wenn die Bundestagswahlen vorüber sind, verschwindet die LISA genau so schnell wie sie im Frühjahr aufgetaucht ist; die arbeiten immer wie Saisonarbeiter. Vor den Wahlen tauchen sie auf, und hinterher verschwinden sie wieder."

Aber das war ein ganz dicker Schuß in den Ofen!!!!

Daß diese Ausgabe etwas verspätet kommt, liegt nicht am mangelnden Interesse der Redaktion. Es liegt vielmehr daran, daß leider immer noch wenige Jugendliche bereit sind, aktiv bei der LISA mitzuarbeiten. Schade ist auch, daß unsere Mitarbeiter ausschließlich Schüler sind, dabei wird gerade mit den sog. Auszubildenden Schindluder getrieben!

Der Bundestagswahlkampf nahm auch die Redaktion sehr stark in Anspruch. Neben der laufenden politischen Arbeit noch den Wahlkampf und die Schule, das nimmt einen ganz schön in Anspruch. Wir verstehen uns nicht ausdrücklich als reine Schülerorganisation, daher möge dies nochmals als Aufruf zu mehr politischer Aktivität, auch oder besonders für Auszubildende, dienen.

Genug der Worte.

Viel Spaß beim Lesen

Die Redaktion

P. S.: Wie immer
distanzieren wir
uns auch dieses-
mal von allen
Werbeanzeigen.



Berufsverbote - Sanktionen

Eine alltägliche Denunziation und ihre Folgen

Drei Dokumentationen mit Fällen von Berufsverböten, Schnüffelei etc. hat das Aktionskomitee gegen Berufsverböte an der FU Berlin (teilweise zusammen mit dem Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte/Humanistische Union) herausgebracht. Außerdem eine sehr nützliche Broschüre, verfaßt vom Westberliner Rechtsanwalt Jens A. Brückner; dort erhalten vom Berufsverbot Betroffene und Bedrohte Hinweise, wie sie sich bei Verhören, Einstellungsverzögerung, Disziplinarverfahren, Berufsverbot etc. am besten verhalten; welche juristische Möglichkeiten ihnen offenstehen.

Nun haben das FU- und das HU-Komitee eine weitere Dokumentation mit Westberliner Berufsverbotsfällen fertiggestellt. (Zu beziehen vom FU-Komitee, Ihnestr. 21, 1 Berlin 33, und HU-Komitee, Kufsteiner Str. 12, 1 Berlin 62.) Faksimiliert werden da Stellungnahmen, Urteile und Ablehnungsbescheide, Behördenschreiben. Was wichtig ist: Die Schrift beschränkt sich nicht bloß auf den Bildungsbereich, sondern stellt Fälle aus dem gesamten öffentlichen Dienst dar. Außerdem werden nicht bloß „reine“ Berufsverbotsfälle gebracht, sondern auch solche Beispiele für Repression gegenüber öffentlich Bediensteten, wie: Strafverfolgung, Hausdurchsuchung, Denunziation...

Aus der Dokumentation bringt b:e in Faksimilé das Beispiel einer alltäglichen Denunziation und deren Folgen:



Aussage

Am 13. März 1976 vormittags fuhr ich mit meiner Tochter zum Wittenbergplatz, um einen Einkaufsummel zu machen.

Als wir aus der U-Bahn Wittenbergplatz gegen 11.00 Uhr herauskamen stand direkt in der Mitte ca. 6 m vor dem Ausgang, Frau [Name] beschäftigt in der Abt. Jugend und Sport als Sozialarbeiterin und verteilte kommunistische Lektüre. Um genau welche Lektüre es sich handelte kann ich nicht sagen.

Ich kenne Frau [Name] aus meiner Tätigkeit in der Abt. Jugend und Sport, Kanzlei.

Kiga

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Rechtsamt -
RA II I 1247 (8/76)

Berlin-Neukölln, den 4.5.1976
Karl-Marx-Str. 83/85, 21. 188
Fernruf: [Name]
Intern: [Name]
(Durchwahl) 6809 2573

PERSONLICH: VERTRAULICH:
VERSCHLOSSEN:

Mit Empfangsbekanntnis

~~HEMM~~ / Frau / ~~KNOXER~~

Abt. Jugend und Sport - Jug III -

Betr.: Disziplinarische Ermittlungen gemäß § 10 Ziff. 2 DDO
i. d. F. von 9.8.65 - 19.5.74

Sie werden hierdurch gebeten, sich am

19. Mai 1976 um 10.00 Uhr

bei dem Unterzeichner im Zimmer 188 des Rathauses zu einer Anhörung einzufinden.

Es besteht der dringende Verdacht, daß Sie Ihre Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis schuldhaft verletzt haben, denn Sie sollen am 13. Januar 1976 gegen 11.00 Uhr auf dem Wittenbergplatz kommunistische Lektüre verteilt und dadurch gegen Ihre arbeitsvertraglichen Pflichten aus § 2 Abs. 2 DDO verstoßen haben.

Sie sind berechtigt, zu dieser Anhörung einen Rechtsanwalt, einen Gewerkschafts- oder Personalratsvertreter hinzuzuziehen.

Impressum

LUPE ist die Schülerzeitung der Liberalen Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten im Hochsauerlandkreis
Herausgeber: Deutsche Jungdemokraten, Kreisverband Hochsauerland

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Klein, [Name]
5760 Arnsberg

Mitarbeiter: Horst Kloppsteck, Martin Kunert, Karsten Meinhardt, Thomas Jarck, Hans-Peter Schulte, Meinolf Loewe

LUPE erscheint vierteljährlich
LUPE ist kostenlos

Oberamt
Obermagistratsrat Göris
als Protokollführer,

als Mitglieder des Personalrats:
Herr Schnell,
Herr Pribil und
Herr Berner

Vorgeladen erscheint die Sozialarbeiterin F zu
geboren am 20. Februar 1949, wohnhaft 1 Berlin Kronprinzen-
damm 1.

Ihr wird eröffnet, daß sie heute auf folgenden Vorhaltungen gehört
werden soll:

Es wird Frau vorgehalten, daß sie am 13. März 1976
vormittags gegen 11.00 Uhr vor dem Ausgang des U-Bahnhofs Witten-
bergplatz kommunistische Lektüre verteilt haben soll.

Die Erschienenen wurde darauf hingewiesen, daß es ihr frei stehe,
sich hier zu äußern oder nicht zur Sache Stellung zu nehmen.
Nachdem F. zu darauf hingewiesen worden ist, ihre bei
dieser Gelegenheit abgegebenen Erklärungen könnten unter discipli-
narischen und rechtlichen Gesichtspunkten geprüft werden, äußerte
sich Frau wie folgt:

Am 13. März 1976 gegen 11.00 Uhr bin ich auf dem Wittenbergplatz
nicht gewesen.

Berlin 44, den 30. März 1976

vorgelesen, gesehen
und unterschrieben

MA Neukölln
MA II - D

20. Mai 1976
2573

Gegenwärtig
Obermagistratsrat
Hans-Ulrich Lorenzen-Schmidt
als aufnehmender Beamter

Angestellte Lucht
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint

die Verwaltungsangestellte Helga B
als Zeugin

und erklärt, zur Wahrheit ermahnt, auf die Folgen einer unrichtigen
Aussage und auf ihr Aussageverweigerungsrecht hingewiesen; ich will
aussagen.

Der Zeugin wurde der Text ihrer Aussage vom 18. März 1976 vorge-
lesen. Die Zeugin erklärte daraufhin, die neben mir sitzende
Frau, ist nicht die Person, die ich am 15. März 1976 vor dem
U-Bahnhof Wittenbergplatz gesehen habe. Diese Frau hatte rote
Haare. Ich habe damals geglaubt, in dieser Frau die mir be-
kannt e Sozialarbeiterin wieder-zu-erkennen.

Ich bin sicher, daß die anwesende Dame nicht die Person ist
die am 15. März 1976 vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz Flug-
blätter verteilt hat.

Auf Vorhalt von Rechtsanwalt Trupe: Meine erwachsene Tochter
hat von dieser Person ein Flugblatt ausgehändigt erhalten. Ich
habe dieses Flugblatt aber nicht gelesen. Das Flugblatt ist
inzwischen auch ~~noch~~ nicht sehr vorhanden.

Alfred Andersch Artikel 3 (3)

- niemand darf wegen
seines geschlechtes
seiner abstammung
seiner rasse
seiner sprache
seiner heimat und herkunft
seines glaubens
seiner religiösen oder
politischen
anschauungen
benachteiligt oder
bevorzugt werden
vielleicht gibt es zeitungen
die eine rubrik einrichten
jeden tag in einem kasten
eine visage
die fotografie einer fresse
die verhört
mit namen
beruf
adresse
sowie
in den meisten fällen
mitgliedsnummer der
nsdap
warum legen
der scheel
der schmidt
der willybrandt
der genscher
der maithofer
nicht den judenstern an
wenn sie
beim frühstück lesen
daß man schon wieder
eine lehrerin
gefoltert hat
- ein volk von
ex-nazis
und ihren
mitläufern
betreibt schon wieder
seinen liebblingsport
die hetzjagd auf
kommunisten
sozialisten
humanisten
dissidenten
linke
dann selbstverständlich
keine gewalt
sondern
geht hin
und zeichnet
die wohnungstüre
das haus
des folterers
mit hakenkreuzen
ich garantier euch
der wird es sich überlegen
ob er noch einmal
verhört
sh ich vergesse
daß sie eine solche meldung
mit der lupe
suchen mußten
wie wär's denn
bundesdeutsche zeitungen
wenn ihr
den deutschen dissidenten
wenigstens ein zehntel des raums
einräumen würdet
den ihr
den russischen
widmet
doch zieht ihr es vor
aus dem glashaus
mit steinen zu schmeißen
- wer rechts ist
grinst
der läuft zu
seinem boß
und sagt
sorry boß
die machen mich
dingfest
das wird mir
zu gefährlich
dem geht der
arsch mit grundeis
die splitter im fremden
anstatt den balken im eigenen
auge zu sehn
- beispielsweise
wird eine partei zugelassen
damit man
die existenz
ihrer mitglieder
zerstören kann
eigentlich waren
die nazis
ehrlicher
hört auf zu winseln
wehrt euch
die beste verteidigung ist
der angriff
(clausewitz)
- zugegeben
die neue methode ist
cleverer
7.
das neue kz
ist schon errichtet
die radikalen sind ausgeschlossen
vom öffentlichen dienst
also eingeschlossen
ins lager
das errichtet wird
für den gedanken an
die veränderung
öffentlichen dienstes
- dreißig jahre später
gibt es wieder
sagen wir
zehntausend
die verhören
die neue gestapo
wehrt euch
8.
als die nazis
während des krieges
in dänemark
den judenstern einführen wollten
wie gehabt
trug der könig von dänemark
bei seinem nächsten austritt
den gelben stern
auf seiner uniform
ein geruch breitet sich aus
der geruch einer maschine
die gas erzeugt

Kernkraftwerke

Durch die Ereignisse von Brokdorf ist in den letzten Wochen das Problem der Kernenergie in unserer Gesellschaft deutlicher zutage getreten als je zuvor. Die Landesregierungen und die Bundesregierung sehen ihr Energieprogramm gefährdet.

Die Deutschen Jungdemokraten und mit ihnen die Liberale Schüleraktion verurteilen ins zutiefst undemokratische Verhalten der Landesregierung von Schleswig-Holstein, die aus ihrer Position der Macht und der Kontrolle vor dem Unwillen der Bevölkerung das Baugelände von Brokdorf in einer Nacht- und Nebelaktion abgesperrt hat und durch den Einsatz des Polizeieinsatzes die Bevölkerung von dem Betreten ihres Grundstücks der Meinungs- und Demonstrationfreiheit abzuhalten versuchte.

Bürger, die in Kernkraftwerken eine Gefahr für ihre Gesundheit und für die Zukunft sehen und hiergegen öffentlich protestieren, sind keine Verfechter von Unruhe und Straftaten. In diesem Zusammenhang sei nur an die amerikanische Unschuldigkeitsklärung erinnert, die dem Volke das Recht zuspricht, eine Regierung, die wider seine Interessen handelt, abzusetzen. Auch die Landesregierung von

Schleswig-Holstein ist gemäß der Verfassung und ihres Artveides verpflichtet, zum Wohle der Volkes zu handeln.

Die Deutschen Jungdemokraten und die Liberale Schüleraktion unterstützen in diesem Zusammenhang die Beschlüsse des 27. ordentlichen Parteitag der F.D.P., in dem gefordert wird

- die Forschung zur Schaffung nicht nuklearer Energiequellen zu verstärken,
- die Forschung zur rationellen und sparsamen Energieverwendung zu verstärken und
- die Forschung zur Schaffung einer weiteren Erhöhung der Sicherheit von kerntechnischen Anlagen unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungsprobleme zu verstärken.

Genehmigungen für den Bau weiterer Kernkraftwerke und Betriebsgenehmigungen für in Bau befindliche Kernkraftwerke sind nur nach Beseitigung aller bisher ungelösten Probleme der Lagerung und Wiederaufarbeitung von radioaktivem Abfall sowie nach Lösung der Frage des Katastrophenschutzes zu erteilen. Die hierdurch entstehenden Kosten sind den Betreibern der Kernkraftwerke nach dem Verursacherprinzip anzulasten. Vor Entscheidungen über Planung und Standortfindung sind die Betroffenen frühzeitig und um-

fassend zu informieren und an der Beratung zu beteiligen.

Eine von der Genehmigungsbehörde angeordnete sofortige Vollziehung des Baus eines Kernkraftwerks muß ausgesetzt werden, bis die Gerichte über alle anstehenden Anträge in der Sache entschieden hat.

WITZ UND SATIRE -

Der Kommentar / Von Loriot aus 'Stern'



... laut Ergänzungsklausel zum Radikaleriaß ...



... ist es im öffentlichen Dienst ...



... linksextremen Busfahrern untersagt ...



... aus Tarnungsgründen rechts zu fahren.



Karikatur: Christwig Post

Unsere Demokratie I

Die Wahlen sind vorbei; der politischen Pflicht ist genüge getan. Die Aufkleber auf Autos und Taschen können wieder entfernt werden. Die Schlacht ist geschlagen, Sieg oder Niederlage stehen fest. Die sozialliberale Koalition bleibt an der Regierung. "Gott sei Dank", sagt der eine - "so ein Mist", sagt der andere. Alles kehrt in seinen normalen Trott zurück. Ich bitte alle diese Papierdemokraten diesen Artikel mit sorgfalt durchzulesen.

Alles schreit nach mehr Demokratie, aber sie vergessen, daß die Demokratie darauf angewiesen ist, gefördert, kritisiert und verbessert zu werden!

Als Beispiel können hier die "Volkskammerwahlen" der CDU dienen. (hiesige CDU) Man hat eine Mandatsliste angefertigt, es brauchte nur angekreuzt werden und fertig. (Näheres entnehme man dem Leserbrief von F.-J. Ebel in der WP). Erfreulich, daß es in der JU wenigstens diesen einen gegeben hat, der den Mut dazu aufbrachte und dies durch einen Leserbrief der Öffentlichkeit darlegt. -- Ich möchte hier nicht auf der CDU herumhacken; dies sollte nur deutlich machen, daß nach den Wahlen das politische Interesse wieder auf ein Minimum herabgesunken ist und die Parteien wieder ihren Trott aufnehmen können.

Traurig ist, daß gerade die jüngere Bevölkerung ein solches Desinteresse entwickelt hat, daß sie sich von Gesetzen und Verordnungen direkt übertölpeln lassen.

Natürlich wird hinterher daperen gewarnt und lamentiert, aber nichts konkretes geschieht. Es ist leichter eine Krankheit im Keim zu ersticken, als wenn sie "da ist".



„Haben Sie wenigstens Abitur?“

Unsere Demokratie II

Überlegt Euch doch mal:

Im kumbecker Holz wird ein Kulturhaus erbaut. Unser VHS-Leiter Dr. Kleinholz mischt kräftig mit, um alles was er an Einrichtungen benötigt, sich an Land zu ziehen. Gut, aber in diesem Haus wird auch ein Freizeitzentrum für Jugendliche eingerichtet. Die Stadt plant unter für uns. Hinterher ist die Schreier groß, die Einrichtung gefällt nicht, die Räume sind zu klein, so zum Beispiel. Anstatt sich jetzt rechtzeitig darum zu kümmern, um etwas ändern zu können, wird die Sache links-liegen-gelassen.

Wendet Euch an Eueren Politiker, oder an die Jugendorganisationen. Ruft doch mal bei der Stadt an, unternimmt doch endlich einmal etwas. Nehmt Eueren eigenen Interessen wahr. Wer sonstige Informationen wissen möchte wende sich an uns.

Ich hoffe, daß Ihr ein wenig über diesen Artikel nachdenkt. Nehmt mir meinen agrssiven Ton nicht übel, soetwas muß auch einmal gesagt werden. Meine hoffnung ist, daß es mir gelungen ist einige Leute zu wecken.

Tschüss

Gerr Wyllly



EXTREMISTENFRAGE

Am 19./20. November 1976 fand in Frankfurt der 27. ordentliche Parteitag der Freien Demokraten statt.

Auf diesem Parteitag wurde einmal mehr die "Extremistenfrage" aufgegriffen. In einer EntschlieÙung zum "Schutze liberaler Freiheitsrechte bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst" heißt es:

"Kritik an Staat und Gesellschaft ist ein Lebenselement der Demokratie... Für den öffentlichen Dienst jedoch gilt: Wer den Kernbestand unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung wie Volkssouveränität, Mehrparteienprinzip, Recht auf Opposition, Grundrechtsverbürgung, Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte nachweislich bekämpft, kann nicht im Dienste des Staates stehen."

Weiterhin fordert die F.D.P. in ihrem Beschluß

- die Einzelfallprüfung jedes Bewerbers,
- die Verpflichtung für die Einstellungsbehörden, Bedenken gegen die Einstellung eines Bewerbers und die dafür erheblichen Tatsachen schriftlich mitzuteilen,
- das Recht des Bewerbers, sich hierzu zu äußern,
- Protokollführung bei Anhörungsgesprächen mit dem Recht

- der Einsichtnahme für den Bewerber,
- den Rechtsbeistand für den Bewerber,
- die Zuständigkeit der Ablehnung für die oberste Dienstbehörde, d. h. für den politisch verantwortlichen Minister,
- die ausschließliche Verwendung gerichtsverwertbarer Tatsachen und
- den schriftlichen mit Gründen versehenen Ablehnungsbefehl mit Rechtsmittelbelehrung

Der Parteitag stellt in dem Beschluß fest,

- daß durch ausufernde Anfrage- und Prüfungspraxis es vielen Bürgern riskant geworden sei, sich politisch zu engagieren;
- daß in vielen Bundesländern über das von der Verfassung gebotene Maß hinaus Anfragen beim Verfassungsschutz erfolgen;
- daß Rechtsungleichheit aufgrund der unterschiedlichen Einstellungspraktiken in den einzelnen Bundesländern entstanden sei.

Trotz dieser Forderungen und Einsichten der F.D.P. halten die Jungdemokraten und mit ihr die Liberale Schüleraktion an ihrer Forderung nach Aufhebung des Extremistenbeschlusses und an der eindeutigen Bestimmung des Grundgesetzes fest:

Art. 33
(5) Der Genuß bürgerlicher und

staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.

Anzumerken bleibt noch, daß das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung festgestellt hat, daß zwar "von einem Beamten eine besondere politische Treuepflicht zu fordern und diese in die Beurteilung der Persönlichkeit einzubeziehen ist, um darauf eine Prognose über sein erwartetes dienstliches Verhalten zu stützen", eine Äußerung dazu, welche Begründungszusammenhänge und -ketten sichere und willkürfreie Erkenntnis über das "Gewährbieten für Verfassungstreue" ermöglichen und welches Gewicht gegenüber den grundsätzlichen Forderungen nach Vollerfüllung des 1949 neu begründeten demokratischen und sozialen Rechtsstaats die zwangsläufige Verunsicherung vieler Bürger beim aktiven Gebrauch ihrer demokratischen Freiheiten hat, wenn sie eine nur schwer berechenbare und folgenreiche Bewertung politischer Aktivitäten durch die Einstellungsbehörden aufgrund anonymen und unkontrollierter Sammlung, Auswahl und Verknüpfung von "Pelestanzmaterial" durch die Verfassungsschutzbehörden fürchten müssen, aber unterblieb.

Im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß für einen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, soweit eine Verletzung verfassungsrechtlicher Vorschriften, gesetzlicher oder sonstiger Rechtsvorschriften bei Wahrnehmung der dienstlichen Aufgaben nicht vorliegt, die Vermutung besteht, daß die Pflicht zur Treue gegenüber den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht verletzt ist. "Eine Entfernung aus dem Dienstverhältnis ist in jedem Fall nur auf Grund eines begangenen konkreten Dienstvergehens möglich".

Die vorsorgliche Ermittlung und Speicherung von Daten durch die Verfassungsschutzbehörden zum Zweck der Übermittlung an Einstellungsbehörden zum Vorbereitungsdienst und folglich auch deren Datenfragen an die Verfassungsschutzbehörden hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß für verfassungswidrig erklärt (BVerfG 22.1.1975).

LOGOPÄDE

Die Berufsbezeichnung "Logopädie" ist aus dem Griechischen abgeleitet, und zwar von Logos= Wort, paideuein= erziehen.

Die Logopädie ist ein nichtärztlicher Heilberuf mit der Aufgabe, Personen aller Altersstufen, die an Stimm-, Sprach- oder Hörstörungen, wie Sprachentwicklungsverzögerungen verschiedener Ursachen (z. B. infolge von kindlicher Hörstörungen oder hirnorganischen Schäden), Störungen des Redeflusses (Stottern, Poltern), psychogenen Sprachstörungen, leiden zu untersuchen, zu behandeln und zu beraten.

Das Ziel ist, ihnen dadurch bessere Kommunikationsmöglichkeiten zu schaffen und die soziale Integration zu erleichtern.

Der Logopäde arbeitet selbständig und eigenverantwortlich, aber in enger Verbindung mit Sprach- und Stimmärzten, Hals-, Nasen-, Ohrenärzten, Nervenärzten und Kinderärzten sowie mit Krankengymnasten, Beschäftigungstherapeuten, Linguisten, Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeitern.

Der Logopäde ermittelt für die Behandlung die Vorgeschichte der jeweiligen Behinderung, auch unter Berücksichtigung der sozialen, familiären, psychischen und beruflichen Situation des Patienten.

Bei der Behandlung werden die ärztliche Diagnose und die Befunde

des Logopäden zugrunde gelegt. Der Logopäde entwickelt daraus selbständig einen Therapieplan.

Im Rahmen der Beratung erteilt der Logopäde eingehende Anweisungen für eine intensive Mitarbeit der Angehörigen; z. B. bei Patienten, die erforderliche Therapieübungen nicht selbst durchführen können. Ebenso gibt er Hinweise auf rehabilitationsmaßnahmen, bspw. spezielle therapeutische oder sozialfürsorgerische Maßnahmen.

Der Logopäde wird in Kliniken oder Abteilungen für Stimm-, Sprach- oder Hörstörungen, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten, Nervenkrankheiten, Kinderkrankheiten und in Schwerpunktkrankenhäusern (Aphasien, Spastiker) sowie in Rehabilitationseinrichtungen wie Sonderschulen und Heimen für Sprach- und Hörgeschädigte eingesetzt.

Er arbeitet entweder als angestellter Logopäde, leitender Logopäde, Lehrlogopäde, leitender Lehrlogopäde (Lehranstalten für Logopädie) oder selbständig in eigener Praxis.

Ausbildungsvoraussetzungen: Die Ausbildungsbedingungen unterscheiden sich an den verschiedenen Schulen geringfügig. Es ist aber eine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung angestrebt. Auskünfte erteilen die Arbeits-

ämter.

Bildungsvoraussetzungen:

Für die angestrebte Neuregelung sind vorgesehen:

entweder

Hochschulreife/Fachhochschulreife

oder

mittlerer Bildungsabschluss in Verbindung mit einer abgeschlossenen sozialpädagogischen Berufsausbildung.

Bewerber müssen eine praktische Tätigkeit aus dem Sozialbereich (Kindergarten, Heime, sonderpädagogische Einrichtungen) von dreimonatiger bis einjähriger Dauer nachweisen.

Sonstige Voraussetzungen:

Amtsärztliches Gesundheitszeugnis (gutes Hörvermögen, ungestörte Stimme und Sprache).

Alter: mindestens 18 und höchstens 35 Jahre.

Dauer: 4 - 6 Semester (je nach Lehranstalt; in der Neuordnung ist ein sechssemestriges Studium vorgesehen).

Prüfungen: nach dem 2. bzw. 3. Semester erfolgt eine Zwischenprüfung, nach Ausbildungsabschluss des Abschlussexamen unter staatlicher Aufsicht. Für die Zulassung zum Abschlussexamen ist die Vorlage einer schriftlichen Studienarbeit erforderlich.

Berufsaussichten: wachsender Bedarf, teilweise begrenztes Angebot, jedoch mangelt es an Ausbildungsplätzen.

Ausbildungseinrichtungen:

Staatlich anerkannte Lehranstalt für Logopädie an der Poliklinik für Stimm- und Sprachkranke der Freien Universität Berlin, Im Dol 2 - 4,

Lehranstalt für Logopädie an der Stimm- und Sprachabteilung der Universitätspoliklinik für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten, Waldstraße 1, 5820 Erlangen,

Lehranstalt für Logopädie an der Stimm- und Sprachabteilung der Universitätspoliklinik für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten, Geiststraße, 3400 Osttingen,

Lehranstalt für Logopädie am Werner-Otto-Institut der Alsterdorfer Anstalten, Alsterdorfer Str. 440, 2000 Hamburg 60,

Staatliche Lehranstalt für Logopädie der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Langenbeckstraße 1, 6530 Mainz,

Lehranstalt für Logopädie an der Klinik und Poliklinik für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten Marburg, Deutschhausstraße 3, 3550 Marburg,

Lehranstalt für Logopädie an der Universitäts-Hals-Nasen-Ohrenklinik, Rottenkofferstraße 2a, 8000 München 15,

Lehranstalt für Assistenten in der Sprachheilkunde an der Carl-Berufsaussichten: wachsender Bedarf, teilweise begrenztes Angebot, jedoch mangelt es an Ausbildungsplätzen. 4400 Münster

Ina Wappler
Arnberg

nachrichten:

AUCH IN DER DDR FRAGT MAN WARUM ZENSUREN

Wie einem Bericht der Frankfurter Rundschau zu entnehmen ist, haben jetzt auch Wissenschaftler des Ostberliner Instituts für Hochschulforschung bestritten, daß "Leistungen überhaupt objektiv in Zensuren gemessen werden können."

In der Bundesrepublik haben seit Jahren namhafte Erziehungswissenschaftler die Subjektivität, die Unzuverlässigkeit und Ungerechtigkeit von Noten nachgewiesen, und zwar nicht nur bei Aufsätzen, sondern selbst bei Mathematikarbeiten und Diktaten (vgl. hierzu das bekannte Buch von INGENKAMP: FRAGWÜRDIGKEIT DER ZENSUREN-GE-BUNG). Schließlich vergeht heute kaum eine Fachkonferenz von Psychologen, Medizinern und Pädagogen, auf der nicht vor 'Zensurenkampf' und 'Notenterror' gewarnt wird.

Es stellt sich die Frage, weshalb allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz in unseren Schulen weiterhin so hartnäckig am Zensurensystem festgehalten wird.

Hier drängt sich der Verdacht auf, daß die Zensurengebung den Anschein von 'Chancengleichheit durch Leistung' erwecken soll. Es drängt sich auch der Verdacht auf, daß die Nebeneffekte der Zensurengebung beabsichtigt sind, also Erziehung zu Konkurrenzverhalten, Kritiklosigkeit und Einschüchterung. „Leistungsbereitschaft“, sagte kürzlich ein Hamburger Oberschulrat im Hamburger Abendblatt, „wird bei Kindern oft erst durch eine Benotung erreicht“. Welcher Zwangscharakter eines seines Sinns beraubten 'Lernens' und 'Leistens' damit gemeint ist, erfährt man nie wieder so unmittelbar wie in den ersten Schultagen. Da erzählen die Kinder „Heute habe ich eine Eins für Stillsitzen gekriegt. Und einer, der war noch leiser, der hat sogar ein Schleifchen bekommen.“

Urteile

Schulverweis

Ein Gymnasialschüler darf nicht ohne eine förmliche, von der Lehrerkonferenz beschlossene Verwarnung von der Schule verwiesen werden.

(IX. Kammer des Landesverwaltungsgerichts Schleswig-Holstein, Aktenzeichen 9a. 177/75)

FDGO '76

Was in bayerischen CSU-Ländern so alles für verfassungswidrig gehalten wird, hat jetzt auf listige Weise der bekannte Münchner Rechtsanwalt Schmitt-Lermann herausgefunden:

„In einem Berufsverbotsfall habe ich mit der Betroffenen vereinbart, sie solle die ihr abverlangte Bekenntnisschrift aus Zitaten des sozialdemokratischen Justizministers Gustav Radbruch, von Adolf Arndt, ehemals Kronjurist der SPD-Bundestagsfraktion, und Ralf Dahrendorf, F.D.P.- und EG-Funktionär, zusammensetzen, allerdings nicht als erkennbare Zitate, sondern verknüpft mit Floskeln wie ‚ich meine‘ oder ‚nach meiner Überzeugung‘. Sie hat das wortwörtlich so abgeliefert. Und nach Monaten kam die Entscheidung, in der die CSU all diese Zitate gegen die Bewerberin ins Feld führte und rügte, daraus könne man kein eindeutiges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablesen.“ ▲

Bekanntmachung

Brit.: Radikalerief
Die Verdückerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrscheinlich einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landratsamt für den Ortsteil GutsMuths.

Radikale im öffentlichen Dienst

Am 9. NPD-Bundesparteitag in Mannheim (18./19. Oktober 1975) nahmen als „Mandatsträger“ folgende Angehörige des öffentlichen Dienstes teil:

Brandl Franz	Verwaltungsrat, Niedernhausen 1972 NPD-Bundestagskandidat in Obertaunus/Hessen, 1974/75 Stellvertretender Vorsitzender LV Hessen, 1974 NPD-Landtagskandidat in Hessen.
Buyer Martin	Lehrer, Neckartenzlingen, 1972 NPD-Bundestagskandidat in Reutlingen/Ba.-Wü., 1974 NPD-Landespropagandareferent LV Ba.-Wü., 1974 NPD-Kreisvorsitzender Reutlingen.
David-Happach Eva	Lehrerin, Lübeck, 1970 NPD-Kreisvorsitzende Lübeck, Partei- und Landesvorstandsmitglied, 1972 NPD-Bundestagskandidatin Lübeck, 1975 NPD-Landtagskandidatin Schleswig-Holstein.
Deckert Günter	Oberstudienrat, Weinheim, 1972 NPD-Bundestagskandidat, 1973 NPD-Kreisvorsitzender (stellv.) Heidelberg, 1973 bis 1975 Bundesvorsitzender der JN, 1973 bis 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied.
Eigenfeld Ulrich	Bundesbahnassistent, Varel, 1972 NPD-Bundestagskandidat in Niedersachsen, 1975 NPD-Vorsitzender (stellv.) LV Niedersachsen.

Emmeluth Heinz	Verwaltungsrat, Schwalmstadt.
Gasteyer Walter	Offizier, Nastätten, 1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Rheinland-Pfalz.
Herrmann Günter	Zollbeamter, München, 1972 bis 1975 NPD-Vorsitzender (stellv.) LV Bayern.
Lauer Peter	Studienassessor, Hannover, 1971 NPD-Kreisvorsitzender Hannover-Stadt, Mitglied des Partei- und Landesvorstandes Niedersachsen, 1972 NPD-Bundestagskandidat.
Lindner Karl-Heinz	Major, Eyrichshof, 1973 bis 1975 NPD-Bezirksvorsitzender Unterfranken, 1973 bis 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied.
Müller Manfred	Oberstudienrat, Holzheim, 1969 NPD-Kreisvorsitzender Neuss, 1972 NPD-Bundestagskandidat, 1973 NPD-Kreisvorsitzender Heinsberg/Neuss.
Otten Wilfried	Oberleutnant, Erlangen.
Pemler Georg	Oberstleutnant, München, 1972 NPD-Landesvorsitzender (stellv.) LV Bayern, 1972 NPD-Spitzenkandidat der Stadtratswahlen München, 1974 NPD-Vorstandsmitglied LV Bayern.
Schöndorf Werner	Oberlehrer, Friedrichsthal, 1972 NPD-Bundestagskandidat Saarbrücken-Land, 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied, 1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Saarland.
Schützinger Jürgen	Polizeibeamter, Schweningen.
Dr. Witt Werner	Oberstleutnant, Eutin, 1974/75 NPD-Landesvorsitzender LV Schleswig/Holstein, 1975 Spitzenkandidat Landesliste Schlesw.-Holst., 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied.
von Wolzogen Eva-Maria	Fürsorgerin, Darmstadt, 1972 NPD-Bundestagskandidatin Hessen, 1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Hessen.

Herausgeber:

Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands
Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten
Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD
Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschland — die Falken
Presseausschuß Demokratische Initiative
Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften
H. G. Preger, 53 Bonn, Kaiserstraße 71

Verantwortlich

Bei anderen gelesen...!

Der jüngste Sproß unter den politischen Schülerorganisationen ist die „Liberaler Schüleraktion“ der Jungdemokraten. LISA versteht sich als „Antwort der Jungdemokraten auf die zunehmende Entpolitisierung der Schulen und die Verweigerung von Freiheitsräumen für Jugendliche in Schule, Freizeit und Beruf“ (LISA-Bundesschülerreferent Gerhard Schorr). Auf ihrem Gründungskongreß am 8./9. Mai in Köln forderten die LISA-Mitglieder: Weg mit dem Numerus clausus, weg mit dem Leistungsdruck, für die integrierte Gesamtschule, für Schülermitbestimmung und „radikal-demokratische Reformen“. Ihnen sollen dabei Liberale in der FDP helfen.

AUS DEM SCHÜLEREXPRESS
(JUSO) Nr. 3/4 1976

Doch ist es fraglich, ob das Ziel der nächsten Jahre — verstärkter Einfluß in den Schülervertretungen, dauerhafte Verankerung innerhalb der Schülerschaft und kontinuierliche Fortführung der konkreten Arbeit in den Schulen — verwirklicht werden kann.

• • •
Zum anderen hat es die Schüler-Union nicht geschafft, sich in bildungspolitische Fachdiskussionen einzuschalten und innerhalb dieser Sachauseinandersetzungen mit qualifizierten Sachbeiträgen publizistisches Echo hervorzurufen. Die mehr unter allgemein- und gesellschaftspolitischen Aspekten durchgeführte Presseberichterstattung über die Schüler-Union ist zu wenig auf schulgebundene Sachaussagen der SU eingegangen.

Zu wenig interne politische Diskussion

Die schon oben angeführten breiteren Aktivitäten anderer politischer Gruppen im Schulerbereich haben der Schüler-Union das Etikett der »einzigsten Schülerinteressenvertretung« genommen. Der Verlust dieser Monopolstellung hat nicht, was naheliegen könnte, in der Regel zu einer verstärkten politischen Auseinandersetzung mit anderen Schülergruppen geführt, sondern, im Gegenteil, neigt die Schüler-Union dazu, an Überholtem festzuhalten. Die Schüler-Union hat hier durch zu wenig interne politische und strategische Diskussion auf eine durch ihre eigenen Aktivitäten veränderte politische Landschaft reagiert.

In drei Jahren politischer Aktivitäten war die Schüler-Union bis jetzt nicht in der Lage, eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit zu erarbeiten. Obwohl es Versuche, mit tatkräftiger Unterstützung seitens der Partei, im letzten Jahr gab, fehlten Wille und Engagement der verantwortlichen SU-Funktionsträger, hier einheitliches Werbe- und Öffentlichkeitsarbeitsmaterial zu erstellen und bundesweit zu vertreiben. Das unkoordinierte, sicherlich idealistische Arbeiten regionaler SU-Verbände dokumentiert die offen zu Tage tretende mangelhafte Koordination unter den Verbänden.

Die Schüler-Union droht das Prinzip der Basisarbeit zu vernachlässigen und so die allgemeine politische Stimmung innerhalb der Schülerschaft aus dem Griff zu verlieren. Der selbstgesteckte Anspruch der »Schülerhilfe« wird in jüngster Zeit nicht mehr konsequent in allen Schüler-Union-Verbänden verfolgt. Darüber können und dürfen auch nicht punktuelle Flugblattaktionen hinwegtäuschen. Je mehr die

Schüler-Union durch wachsende Größe und damit entstehende Organisationsprobleme mit sich selbst beschäftigt ist, desto weniger können sich Schüler-Union-Gruppen an den Schulen ihre Mitschüler ansprechen.

mangelhafte Unterstützung durch die JU

Sicherlich hat die Schüler-Union zu einem nicht geringen Teil an dem jüngsten Mitgliederboom der Jungen Union mitgewirkt. Die Junge Union hat aus dem Bereich der Schülerarbeit ohne große Anstrengungen in einem kurzen Zeitabschnitt einen großen Mitgliederzuwachs erhalten. Es muß aber selbstkritisch festgestellt werden, daß dies zu Selbstgefälligkeit und einem deutlichen Abflachen des JU-Engagements geführt hat. Die aus JU-Sicht als »erfolgreich« anzusehende Schülerarbeit hat in vielen Verbandsgliederungen, besonders in den unteren Ebenen, zu einer mangelhaften Unterstützung der Schüler-Union durch die Junge Union geführt.

Die von beiden Verbänden immer wieder betonte »organisatorische und politische Zusammenarbeit« ist in letzter Zeit oftmals auf organisatorische Zusammenarbeit zusammengeschrumpft. Fehlender politischer Dialog zwischen SU und JU und unzureichende gemeinsame politische Arbeit sind mitschuldig an politischen Spannungen, die für die gemeinsame Arbeit auf die Dauer schädlich sind.



Hier ist auch Gelegenheit, zur Frage des Verhältnisses zwischen Schüler-Union und CDU Stellung zu nehmen. Der Schüler-Union ist oft vorgeworfen worden, ein politisches Versteckspiel zu betreiben und sich nicht klar und deutlich zu einer politischen Linie zu bekennen. Diesem Vorwurf ist durch das offensiv ausgerichtete Bündnis

SU/JU jeder Wind aus den Segeln genommen worden. Insofern sind Bekenntnisse zu einer Unterstützung der CDU/CSU letztlich verbale Kraftakte, die keine zusätzliche politische Aussage bieten. Allerdings sind politische Differenzen in Teilfragen doch einfach



Die mangelnde politische Bildung und die Artikulationsfähigkeit des eigenen politischen Standpunktes ist häufig immer noch erschreckend. Die mangelnde Mitgliederschulung ist für die Schüler-Union bedrohlich.



nicht zu übersehen. Eine zusätzliche Bindung an die CDU/CSU würde über dies Mitschüler vor einer Mitgliedschaft abschrecken.

Um Mißverständnisse von vornherein auszuräumen: Hier geht es nicht um eine wie immer geartete Distanzierung von der CDU/CSU – der Autor ist selbst Funktionsträger in der CDU –; hier gilt es nur festzustellen, daß eine überflüssige Parteibildung die Schüler von einer SU-Mitgliedschaft abhalten könnte, die sich noch nicht in eine so enge Beziehung zu einer Partei begeben möchten



... die Solidarität als eine politische Aufgabe (Christoph von Bülow, Manfessprecher der CDU)

Anmerkung zum WEHRDIENST...

ICH KONNTE NICHT WERFEN.
ICH KONNTE NICHT FANGEN.
ICH KONNTE NICHT KÄMPFEN.
ICH KONNTE NICHT FLUCHEN.



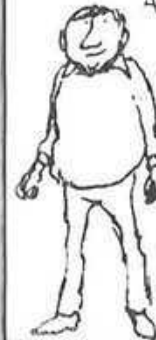
ICH KONNTE NICHT MÖGELN.
ICH HATTE EINE 1 IN BETRAGEN.
ICH WAR ZU SCHÜCHTERN,
UM DEN MADCHEN ZUZUSETZEN.



NIEMAND WOLLTE MIT MIR FREUND-SCHAFT SCHLIESSEN.



ABER JETZT...



ICH KANN TRINKEN.
ICH KANN SCHMUTZIGE REDEN FÜHREN
ICH KANN LÜGEN.
ICH KANN INTRIGIEREN.



ICH KANN FRAUEN VERNASCHEN.
ICH KANN SIE DANN KALTBLÜTIG SITZEN LASSEN.



UND ALLE LEUTE REISSEN SICH UM MICH.

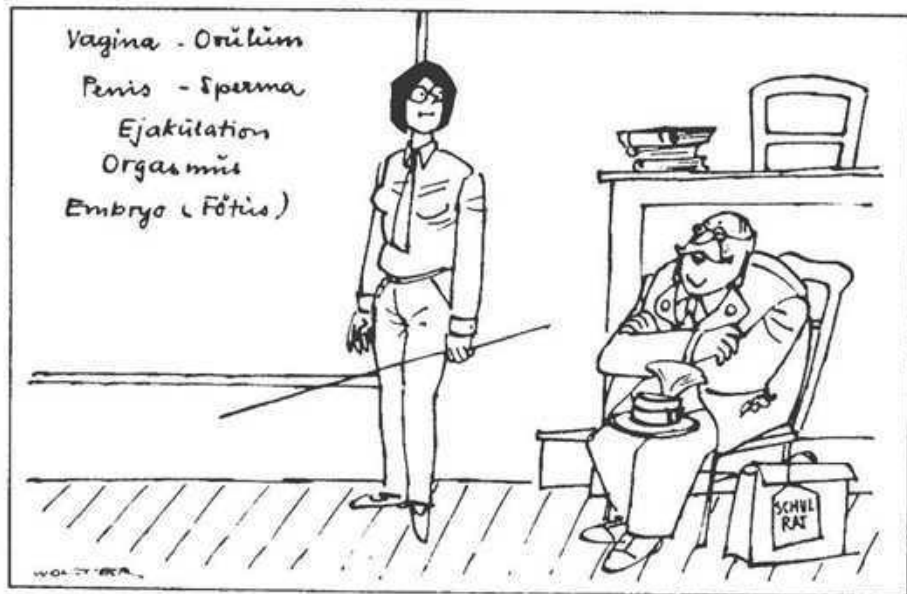
EIN WUNDER...



... WAS DER WEHRDIENST FERTIGBRINGT!

Sexualerziehung

Die neueste Entwicklung nun war Anlaß für die Zeitung KONTRAST gewesen, die "Cacche" näher zu erforschen. Wie es da in Bayerns Schulen um die Aufklärung bestellt ist, fünderte der Fürstentafelbrucker Lechler Martin Ineas in einem Text zutage. Als er eines Tages zu spät in die Schule kam, entschuldigte er sich mit "Menstruations-
" (wobei er angeblich beim Böhlen).
Aber demnach ist die Schule nicht in
der Lage, die Schüler aus der Gefahr zu
zu retten, die sie durch die
Schule, die er verwendet.



„Sehr brav! Sehr lebendiger Unterricht! Aber kommen Sie nun von den südamerikanischen Flüssen auch mal zu den Städten der engeren Heimat, Herr Kollege!“

Erich Kästner:

Patriotisches Bettgespräch

Geburtenrückgang, hat er noch
gesagt,
sei, die Geschichte lehrt es,
Deutschlands Ende
und deine Fehlgeburt hat er
beklagt,
und daß er, daß man abtreibt
gräßlich fände.

Jawohl, wir sollen Kinder
fabrizieren.

Fürs Militär. Und für die In-
dustrie. Zum Löhnesenken. Und
zum Kriegverlieren!

Sieh dich doch vor. Ach so, das
war dein Knie.

Na, komm, mein Schatz, wir wollen
ihm eins husten.

Dein Busen ist doch wirklich
noch famos.

Ob unsere Eltern, was wir wissen,
wußten...

Wer nicht zur Welt kommt, wird
nicht arbeitslos.

Am 24. Dezember ist
Heiligabend (Die Red.)



LISA —
CONTACT —
ADRESSE:

Jürgen Klein



5760 Arnsberg 1



Coupon:

Ich möchte einen Kupon
schicken dir für ...
Ich will von dich ... wissen!

Seine Anschrift: (Name, Vorname)

(Straße, Hausnr.) (P.O. Nr.)